

Wend-Zeitung

Jedder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Jselburger Zeitung.

65. Jahrgang

Verleger: Bocholt.
Verleger: Dortmund

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 327

Dienstag, den 26. November 1935

Jahrgang 1935

Feierlicher Einzug König Georgs II. in Athen.

Ungeheurer Jubel. — Ueber eine Million Griechen in den Straßen der Stadt.

In Alt-Phaleron betritt er zum
ersten Mal nach 12 Jahren sein Land.

DNB Athen, 25. November.

König Georg II. von Griechenland ist in Begleitung des Thronfolgers Prinz Paul an Bord des Kreuzers „Helli“ im Hafen von Alt-Phaleron eingetroffen und hat sich gegen 10 Uhr an Land begeben.

Schon seit den frühen Morgenstunden war die Luft von Alt-Phaleron bei prächtigem Wetter von einer riesigen Menschenmenge umlagert, die von allen Teilen des Landes herbeigekam, um den Augenblick mitzuerleben, wo der König nach jahrelanger Verbannung zum ersten Male wieder die Heimatlande betrat. Der starke Sturm, der in den letzten Tagen geberstet hatte und durch den bekanntlich die Ankunft des Königs um einen vollen Tag verzögert wurde, ist im Abflauen. Der Salonische Meerbusen ist nur noch leicht bewegt. Pöblich kommt Bewegung in die Massen, denn ganz in der Ferne, beim Leuchtturm der ruhmvollen Insel Salamis, wird die Griechische Flotte gesichtet. Bald hat sie die Höhe der Insel Aegina erreicht, und nun bietet sich den Harrenden ein unergleichliches Bild: Die grauen Leiber der über die Toppfen besagten Kriegsschiffe im tiefblauen Meer und als Hintergrund die herzlich geförmten Umrisse der Inseln Aegina und Salamis, während ganz in der Ferne die Berge des Peloponnes hervorragen. Flugzeuge gaben der Flotte das Geleit, und Scharen von Dampfern und Booten aller Art umkreisten die Schiffe, die ruhig und sicher den Hafen anstiegen. Dann wirt die „Helli“ die Anker. Die Geschiffe der Kriegsschiffe donnern dem König Salut, aus Athen und Alt-Phaleron klingen Glöckengeläute herüber, und im Handbelschaf Biräus heulen die Schiffsfistren. Auf allen Gesichtern leuchtet die Freude über die Rückkehr des Königs, der, wie man hofft, dem Lande nach jahrelangen innerpolitischen Wirren eine glückliche Zukunft bereiten wird.

Der König, der sich von Bord des Kreuzers in dem königlichen Motorboot an Land begeben hatte, wurde dort vom Ministerpräsidenten General Kondylis, der während seiner Abwesenheit die Regierung geführt hatte, begrüßt und mit den Ministern der Regierung bekannt gemacht. Ferner war bei der Begrüßung der Präsident der Athener Gemeindeverwaltung, der eine kurze Ansprache hielt, zugegen, sowie die Generalstabschefs von Heer, Marine und Luftfahrt, der Militärgouverneur und Kommandant von Athen sowie der oberste Vertreter der Polizeikräfte.

Nachdem der König für den feierlichen Empfang mit bewegten Worten gedankt hatte, begab er sich im Kraftwagen nach der Hauptstadt.

Willkommensgruß der Landes- hauptstadt.

Auf seinem Wege nach Athen nahm der etwa 50 Kraftwagen umfassende königliche Zug seinen Weg durch die 6 km lange schnurgerade Sngroß-Allee, die mit Fahnen und Girlanden reich geschmückt ist. Hinter einem dichten Spalier von Truppen aller Waffengattungen säumt eine riesige Menschenmenge, die mit der in Athen harrenden auf über eine Million geschätzt wird, die Straße. Immer wieder erschallen jubelnde Hochrufe auf den König und den Thronfolger, die ununterbrochen grüßen. Auf der Hälfte des Weges an der Stelle der alten Kalitros-Quelle ragt ein zwölf Meter hoher Triumphbogen, der gleichzeitig die Grenze der Stadt Athen andeutet. Kurz darauf, am Tor des Hadrian, hält der Zug. Hier haben sich der Bürgermeister von Athen, Rodzias, sowie die Präsidenten der Stadtverwaltungen und anderer Körperschaften aufgestellt. Die Königsflagge wird gehißt und die Wucht spielt den Königsmarsch. Kanonenschüsse geben das Zeichen zu einem allgemeinen Glöckengeläute. Dann entleert der Bürgermeister von Athen dem König den Willkommensgruß der Landeshauptstadt.

Nach der Ansprache des Bürgermeisters dankte der König tief ergötzt für den herzlichen Empfang und erklärte, er sei glücklich, ins Vaterland zurückzukehren zu dürfen. Dann setzte der Festzug seinen Weg in die Stadt fort. Zu linker Hand grüßte ihm das klare Licht des griechischen Novembertages der goldige Marmor der erhabenen Akropolis, im Hintergrund das Wahrzeichen des neuen Athens, der Vglabettos-Berg, dessen Gipfel eine riesige Krone und die Anfangsbuchstaben des Königs trägt. Durch festlich geschmückte Straßen ging es dann zur Kathedrale, wo um 11 Uhr ein feierliches Hochamt abgehalten wurde.

Das feierliche Hochamt.

Das feierliche Hochamt in der Metropolis-Kathedrale, das der griechische Metropolit im prunkvollen Ornat geleitete, bot ein prächtiges Gemälde altgriechischer Pracht. Den Damen war der Zutritt zur Kathedrale verboten. Nur geladene Herren, Offiziere, Diplomaten und hohe Beamte nahmen an dem Gottesdienst teil. Im Anschluß an das Hochamt fuhr der König zu dem Grabmal des unbekannten griechischen Soldaten, um dort in Begleitung des Thronfolgers einen Kranz niederzulegen. An der Feierlichkeit nahmen die drei Minister der Armer, Marine und Luft-

fahrt, die Angehörigen der Generalfität und zahlreiche weitere hohe Offiziere sowie Abordnungen aller Truppengattungen und Vertreter der Kriegsteilnehmer und Verwundetenverbände teil. Nachdem der König den Kranz niedergelegt hatte, verbarste die ganze Versammlung eine Minute in ehrfurchtsvollem Schweigen zum Gedächtnis der Toten.

Auf der ganzen Fahrt durch die Stadt wurde der König überall von einem nicht enden wollenden Jubel begrüßt. In allen Straßen, durch die der König fuhr, waren die Fenster und Balkone von begeisterten Menschen besetzt. Auf dem riesigen Metropolisplatz hatte eine unüberschbare Menschenmenge Kopf an Kopf, um den heimgekehrten Herrscher zu begrüßen. Mit besonderer Begeisterung waren zahllose Angehörige der Landbevölkerung nach der Hauptstadt gekommen. Sie, die stets königstreuen gewesen waren, hatten keine Mühe gesucht, den heimkehrenden Herrscher sehen zu können. Teilweise waren sie tagelang unterwegs gewesen und mußten im Freien übernachten, da sämtliche Unterkunftsmöglichkeiten in Athen besetzt waren.

Ein Aufruf des Königs.

Athen, 25. November.

König Georg II. hat einen Aufruf an das griechische Volk erlassen, in dem er darauf hinweist, daß er dem Wunsch Griechenlands folgend zurückkomme, nachdem er von seinem geliebten Vaterlande zwölf Jahre fern gewesen sei. Er sei im tiefsten Herzen er-

griffen und seine Dankbarkeit dem Volke gegenüber sei unbegrenzt. „So viele Jahre“, heißt es in dem Aufruf weiter, „habe ich in meinem Herzen den Schmerz der Trennung getragen. In meiner Sehnsucht nach Griechenland und in meiner Liebe zum griechischen Volke hatte ich nur den einen Wunsch, euer Glück und unglücklichen Tage zu teilen. Heute wieder zu meinem hohen Amte gerufen, gehören alle meine Fortschritt meines Volkes. Ich entschloß mich, die Vergangenheit in das Meer der Vergessenheit und bin entschlossen zur völligen Gleichheit und Gerechtigkeit gegen alle, um Hellas erneut zu Tagen des Glüdes und des Ruhmes zu führen, wie es unter meinem Großvater und meinem ruhmreichen Vater gelebt hat. Es lebe Griechenland.“

Kabinett Kondylis zurückgetreten.

DNB Athen, 25. November.

Die Regierung Kondylis hat dem König ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

In Vereinbarung mit dem Geheimen Staatspolizeamt hat die zuständige Stelle im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda allen jüdischen Künstlern das Führen von sogenannten Künstlernamen (Pseudonym) untersagt. Dieses Verbot gilt auch für die im Rahmen des Reichsverbandes des jüdischen Kulturbundes tätigen nichtarischen Personen.

Die Schulbeiräte in den Gemeinden.

Das Führerprinzip in der
Volkschulverwaltung.

Berlin, 25. November.

Nach dem neuen preußischen Schulgesetz sind die früheren Schuldeputationen in den Städten bzw. Schulverbänden in den ländlichen Gemeinden beseitigt worden. Die Befugnisse dieser Organe sind auf den Bürgermeister (in ländlichen Gemeinden den Ortschulvorsteher, in Gesamtschulverbänden — mehrere Gemeinden — auf den Verbandsvorsteher) übergegangen. Der Leiter der Gemeinde (in ländlichen Gemeinden der Ortschulvorsteher) muß zu seiner ländlichen Beratung in Angelegenheiten der Volksschule Schulbeiräte berufen. Diese Berufungen sind zurzeit im Gange. Das Amt des Schulbeirats ist ein Ehrenamt im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung. Als Schulbeiräte werden berufen:

1. Ein bis drei von dem Leiter der Gemeinde mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde bestimmte, in der Gemeinde angestellte Lehrer. Unter mehreren darf sich eine Lehrerin befinden;
2. die doppelte Zahl sonstiger vom Leiter der Gemeinde im Benehmen mit dem Beauftragten der NSDAP bestimmten Bürger. Hierunter sollen sich Gemeinderäte befinden;
3. ein weiterer von der Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem zuständigen Gebietsführer der Hitler-Jugend bestimmter Bürger. Ferner soll berufen werden:
4. ein Ortspfarrer der evangelischen oder der katholischen Kirche oder beider Kirchen. Die Bestellung erfolgt durch die Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde.

Die Zahl der unter Nr. 1 und 2 genannten Beiräte steht der Leiter der Gemeinde mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde fest. Wie oft und aus welchem Anlaß die Schulbeiräte zu versammeln sind, bleibt grundsätzlich der verantwortlichen Entscheidung des Leiters der Gemeinde überlassen. Wo jedoch nach dem bisherigen Recht die selbständige Entscheidung der Schuldeputationen oder Schulkommissionen vorgesehen ist, hat der Leiter der Gemeinde vor seiner Entscheidung die

Schulbeiräte zu versammeln und ihre Stellungnahmen einzuholen.

Der Leiter der Gemeinde muß ferner die Schulbeiräte hören vor der Feststellung des Schulhaushalts, bei der Planung von Schulbauten, vor der Festlegung der Schulbezirke sowie vor Ausübung der Wehrwahl.

In ländlichen Gemeinden ist die Regelung in einigen Punkten anders, da der Ortschulvorsteher nicht mit dem Leiter der Gemeinde identisch zu sein braucht. Hier werden durch den Ortschulvorsteher als Schulbeiräte berufen:

1. Der Leiter der Gemeinde in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, außerdem der Amtsbürgermeister, soweit nicht einer von ihnen zum Ortschulvorsteher ernannt wird;
2. ein bis drei von dem Ortschulvorsteher im Benehmen mit der Schulaufsichtsbehörde bestimmte, in der Gemeinde angestellte Lehrer. Unter mehreren darf sich eine Lehrerin befinden;
3. die doppelte Zahl sonstiger vom Ortschulvorsteher im Benehmen mit dem Beauftragten der NSDAP bestimmter Bürger;
4. wo es möglich ist, ein weiterer von der Schulaufsichtsbehörde im Benehmen mit dem zuständigen Gebietsführer der Hitler-Jugend bestimmter Bürger. Ferner soll berufen werden:
5. ein Ortspfarrer der evangelischen oder der katholischen Kirche oder beider Kirchen. Die Bestellung erfolgt durch die Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der kirchlichen Oberbehörde.

Die Schulaufsichtsbehörde legt die Zahl der unter Nr. 2 und 3 genannten Schulbeiräte fest. Sie ernannt aus der Zahl der Schulbeiräte auch den Stellvertreter des Ortschulvorstehers.

Im übrigen finden die Vorschriften für städtische Schulbeiräte sinngemäße Anwendung. Die Schulbeiräte, die grundsätzlich in städtischen und ländlichen Gemeinden auf je sechs Jahre berufen werden, haben eine besondere Art der in der Deutschen Gemeindeordnung vorgesehenen Beiräte. Sie sind nicht Mitglieder eines Kollegiums, sondern Beiräte als Einzelpersonen. Auch soweit sie sich in gemeinsamen Sitzungen versammeln, beraten sie den Leiter der Gemeinde oder den von ihm bestimmten Beigeordneten ohne Abstimmung, lediglich als Einzelpersonlichkeiten.

Mit dem Schulbeiratsgesetz ist das Führerprinzip auch in der preußischen Volksschulverwaltung durchgeführt. Eine ähnliche Regelung besteht für Sachsen.

Aufstände in Brasilien.

Kommunistische Revolten.

Rio de Janeiro, 25. November.

Nach hier vorliegenden Meldungen sind am Sonntag in den Staaten Pernambuco und Rio Grande de Norte kommunistische Aufstände ausgebrochen. In Recife und Natal soll es zu Kämpfen gekommen sein. Die Regierung hat Bombenflugzeuge in die Aufstandsgebiete entsandt. In der Hauptstadt Rio de Janeiro haben Truppen den Schutz der Eisenbahnen und Elektrizitätswerke übernommen.

Zwei Städte von den Rebellen besetzt.

London, 25. November.

Reuter meldet aus Rio de Janeiro über die Aufstände in Pernambuco und Natal, daß die Stadt Natal von den Aufständischen besetzt worden ist. Ein Auf-

ständigenbataillon hat zusammen mit kommunistischen Elementen auch die Stadt Olinda besetzt. In der Vorstadt Afogados bei Pernambuco haben die Truppen ihre Treue zur Regierung erklärt und kämpfen zusammen mit der Polizei gegen die Rebellen. Die Bundesregierung hat Truppen, Flugzeuge und Kriegsschiffe nach Pernambuco und Natal in Marsch gesetzt, um den Aufstand zu unterdrücken. Ueber beide Städte ist der Belagerungszustand verhängt worden. Präsident Vargas hat sein Kabinett zu einer sofortigen Notstandserklärung einberufen. In Rio de Janeiro selbst herrscht Ruhe, jedoch werden die Banken, Bahnhöfe und Fabriken militärisch bewacht. Die Behörden teilen der Bevölkerung mit, daß sie die Luft-, Land- und Seestreitkräfte zum Schutze des Volkes einlegen werden.

Wie die Agentur Rengo berichtet, sind in Japan in den letzten Tagen weitere 38 Anarchisten verhaftet worden, nachdem bereits kürzlich über die Verhaftung von 85 Anarchisten Mitteilung gemacht wurde.

Tagesrundscha.

Die studentische Neuordnung.

Nachdem sich die studentischen Verbände aufgelöst haben und damit der Gegensatz zwischen ihnen und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund durchaus eindeutig aus der Welt geschafft worden ist, ist man jetzt dabei, das Fundament zur neuen Form nationalsozialistischer Erziehung des deutschen Studenten zu legen. Bei der Grundsteinlegung eines neuen Kameradschaftshauses des NSDStB in Dresden bemerzte dazu der Reichsführer des Studentenbundes, Reichsamtseiler Derichsmeier, der Typ des von einer Hochschule zu einem vagabundierenden Studenten habe aufgehört. Heute werde der Student zur Kameradschaft erzogen, eine Welt von gestern gehe zugrunde. Wie aber wird sich fortan die studentische Arbeit an den Hochschulen vollziehen? Dafür liegen zunächst Richtlinien vor, die das Ergebnis einer Aussprache auf einer Reichstagung des Studentenbundes sind, die in der vorigen Woche in München stattgefunden hat und an der außer dem Reichsführer Dr. Wagner, dem Führer des NS-Dozentenbundes Prof. Dr. Schulze, auch Vertreter von einigen früheren Studentenverbänden teilgenommen haben. Nach den Richtlinien, die verbindlichen Charakter haben, sind die Hochschulgruppenführer angewiesen, den neu zur Hochschule kommenden Studenten freie Entscheidung darüber zu lassen, ob sie dem Studentenbund beitreten wollen oder nicht. Denjenigen Studenten, die sich als Anwärter zum Studentenbund melden, ist wiederum die Wahl unter den einzelnen Kameradschaften freigestellt. Die Bestimmungen für die Aufnahme neuer Mitglieder in den Studentenbund wird im Rahmen der gesamten Kameradschaft durchgeführt. Studenten, die sich nicht zur Bestimmungsmensur bekennen, werden in eigenen Kameradschaften zusammengefaßt. Aus grundsätzlichen Erwägungen sollen im allgemeinen die jungen Kameraden nicht in den Häusern ihrer Kameradschaft wohnen.

Der Studentenbund begreift die aufbauenden Kräfte aus den ehemaligen Altherrenschaften, er verlangt jedoch von ihnen, daß auch sie sich den allein von der Partei und dem Studentenbund gegebenen politischen Richtlinien unterordnen. In keiner Weise wird der NSD-Studentenbund, so heißt es weiter, in den Richtlinien, das Weiterbestehen noch vorhandener studentischer Korporationen unterbinden. Er wird sie aber niemals als weltanschaulich-politische Erziehungsgemeinschaften anerkennen, da er allein nach der Verfügung der Partei und des Reichserziehungsministers dafür verantwortlich ist. Etwaige Unstimmigkeiten und Unklarheiten werden zentral von der Reichsamtseitung des Studentenbundes im Benehmen mit den bisherigen Verbandsleitern bereinigt werden, um alle örtlichen und persönlichen Momente auszugleichen. Soweit das, was bisher über die Richtlinien bekannt gegeben worden ist. Nach einer früheren Mitteilung wird es an den deutschen Universitäten und Hochschulen insgesamt 180—200 Kameradschaften geben, von denen jede etwa 20 Mann stark sein soll. Es würden also jeweils nur 4000 Studenten von den Kameradschaften des NSDStB erfasst werden, nur ein kleiner Teil der Studierenden, eine Auslese, die den Typ des politischen, des nationalsozialistischen Studenten von heute repräsentiert. Daß die Zeit der Korporationen vorüber ist, ist nicht mehr zweifelhaft, nachdem sie den Rückfall an ihren Verbänden verloren haben und sie von der weltanschaulich-politischen Erziehungsbewegung ausgeschlossen sind. Diejenigen, die noch bestehen geblieben sind, werden, auch ohne daß ein Druck auf sie ausgeübt wird, schwerlich sich noch lange behaupten können. Die Umwälzung, die sich in den letzten Monaten auf studentischem Gebiete vollzogen hat, ist zu stark und zu grundlegend, als daß noch eine Konfervierung des Alten neben dem Neuen auf eine längere Zeit oder gar auf die Dauer möglich wäre.

Zwischen den Schlachten.

Die ständig sich widersprechenden Meldungen aus den beiden Kriegslagern machen es schier unmöglich, sich ein klares Bild über die derzeitige Lage auf dem ostafrikanischen Kriegsschauplatz zu machen. Tatsächlich geschieht seit der Einnahme von Matfalle im Norden und von Gorahai im Süden an beiden Fronten sehr wenig; und was gerade geschieht, wird in der Regel nicht sofort mitgeteilt. Was wirklich geschieht, werden die beiden Heeresleitungen auch nicht sagen; es hieße ja, dem Gegner den Vorteil des Ueberraschungsmomentes auszuliefern. So schließen dann die Meldungen ins Kraut, die mit „Wie man hier erzählt, annimmt, beabsichtigt“ — „Wie hierher berichtet wird, soll“ usw. beginnen. Und gewöhnlich werden die Siegesmeldungen aus dem einen Lager durch die am gleichen Tag vorliegenden Deeresberichte der anderen Partei wieder ins Gegenteil verkehrt. Wenn man dieser täglich neuen Vielheit von Meldungen glauben wollte, so hätte jede Partei jeden Tag den Gegner unter schweren Verlusten in die Flucht geschlagen. Tatsache dürfte sein, daß man sich in einem Stadium zwischen den Schlachten, in einer Vorbereitungszeit für neue entscheidende Kämpfe befindet.

Italien sowohl wie Abessinien haben es nötig, die Lage auf dem Kriegsschauplatz zu ihren Gunsten zu verändern. Abdis Abeba muß nach dem Eintreffen des neuen italienischen Generalissimus an der Nordfront, des Marschalls Badoglio, mit einem schärferen Vorgehen des Feindes rechnen. Es zieht daher bereits starke Truppenmassen nördlich von Dessie zusammen, um für die neuen Operationen gerüstet zu sein. Die Rüstungszeit wird zu einem erbitterten Kleinkrieg ausgenutzt, der den Italienern den Ausbau ihrer Stellungen im Raum von Nakale ebenso wie die Vorbereitung eines neuen großen Angriffs, den Badoglio in rascherem Tempo vorwärts tragen will, möglichst erschweren soll. So stellt ein gestern ausgegebener, amtlicher abessinischer Bericht über die Lage an der Nordfront fest, daß in den letzten beiden Wochen im Kleinkrieg 4700 Italiener getötet worden seien. Große Mengen von Gewehren, Maschinengewehren und Munition seien den abessinischen Guerilla-Kämpfern bei nächtlichen Überfällen in die Hände gefallen. Den Italienern sei es in den letzten 14 Tagen nicht gelungen, an der Nordfront auch nur einen Fuß breit abessinischen Bodens neu zu besetzen, sie hätten auch den Tazaze-Fluß noch nicht überschritten. Dieser Stillstand sei erzwungen worden durch die dauernde Verunreinigung des Nachschubs. Jede Munitionskolonne, jede Patrouille sei von den abessinischen Scharfschützen demunziert worden und verheerend, wie am 12. und 17. November, habe es größere Gefechte gegeben, in denen mehrere hundert italienische Soldaten getötet worden seien. An der Südfront ist die Lage für die Abessiner durch den Verlust von Gorahei ernstlich geworden. Dies zeigt auch der Flug des Regus in das Hauptquartier seiner Armee und das Strafgericht gegen den ehemaligen Befehlshaber von Gorahei, der ohne Widerstand die Festung den herandrängenden Italienern überlassen hatte und dafür auf Befehl des Regus wegen Freigabe öffentlich ausgepeitscht wurde. Abessinische Meldungen berichten heute von einem großen, für die Italiener angeblich überraschend gekommenen Angriff aus der Richtung Sasabaneh, der die italienische Front um 150 Kilometer zurückgeworfen habe. Andere Meldungen wollen sogar von einer Niederwerfung Goraheis durch die Truppen des Ras Nasibu wissen. Wenn auch diese Meldungen mit allem Vorbehalt aufgenommen werden müssen, so steht doch fest, daß die Armee des Generals Graziani, die in verhältnismäßig raschem Vorrücken einen wesentlichen Teil der Oganenwüste mit ihren motorisierten Kräften durchquerte, seit ihren letzten großen Erfolgen infolge der ungeheuren Schwierigkeiten des Geländes und des Widerstandes der Abessiner zum Stillstand, wenn nicht zum Zurückweichen gezwungen wurde. Der erfahrene Kommandant Graziani hat wohl kaum damit gerechnet, daß es den Abessinern, einem reichlich primitiven Feind, gelingen würde, zahlreiche italienische Tanks zu erobern, die Italiener von Wasserstellen, die sie bereits besetzt hatten, zu verdrängen und sie von anderen Brunnen fernzuhalten. Wenn italienische Meldungen von einer freiwilligen Unterwerfung ganz Oganens berichten, so handelt es sich auch hier um eine politische Tendenzmeldung, deren Zweckbestimmung auf die künftigen Friedensverhandlungen abgestellt ist. Ihre tatsächliche Bedeutung wird klar, wenn man bedenkt, daß die Oganen ein ungeheures, sehr dünn besiedeltes Wüstenland darstellen, das von muslimatischen Nomadenstämmen besetzt ist, die sich zwangsläufig der italienischen Militärmacht unterworfen haben, zumal eine andere „Ordnung“ in dem besetzten Wüstengebiet nach dem Rückzug der Truppen des Regus nicht vorhanden ist. Nach dem heute gemeldeten abessinischen Vorstoß an der Südfront zu schließen, scheint die „Unterwerfung der Oganenbevölkerung“ die Kriegslage für die Truppen des Generals Graziani kaum gebessert zu haben.

Die Rückkehr des Königs.

Griechenland hatte gestern seinen großen Tag. Nachdem durch die Volksabstimmung vom 3. November das griechische Volk sich mit überwältigender Mehrheit für die Wiedereinführung der Monarchie und die Abdankung des 1924 abgesetzten Königs Georg II. ausgesprochen hatte, ist dieser gestern heimgekehrt. Unter dem Jubel des begeisterten Volkes hat er seinen Einzug in die Hauptstadt Athen gehalten. In der feierlichen Prozession der Republik versammelten sich Tausende, die das Land innerpolitisch nicht zur Ruhe gekommen. Es hat in dieser Zeit nicht weniger als 28 Regierungen und zwei Diktaturen — die der Generäle Pangalos und Plastiras — gegeben. Die letzte schwere Erschütterung, die es durchzumachen hatte, war der von Benizelos angeführte Aufstand im März d. Js., der in kurzer Zeit niedergeschlagen werden konnte. Die trübten Erfahrungen dieser Jahre haben den Umschwung in der Einstellung des griechischen Volkes zur Monarchie wesentlich mit herbeigeführt. Von der Regierung des zurückgerufenen Königs verspricht es sich Ruhe, Stetigkeit und Aufstieg gegenüber den unaufhörlichen Parteilagen, Unruhen und staatspolitischen Erschütterungen der Vergangenheit. In dem Jubel, der dem König bei seinem Einzuge entgegenflog, ist also viel Hoffnung und Vertrauen enthalten. Wir Deutschen haben keine Veranlassung, dem griechischen Volke nicht zu wünschen, daß ihm nach schweren Jahren bessere Zeiten beschieden sein mögen.

Irreführende Bezeichnung.

In der Öffentlichkeit ist wiederholt der Eindruck entstanden, als ob die „Mordaktion von Deutschland“ (Präsident Richard Dillens) eine Vertretung des gesamten deutschen Volkswillens sei, die von den amtlichen Stellen gefördert würde. Hierzu wird amtlich festgestellt, daß es sich bei dieser Aktion um eine rein private Vereinigung von wenigen Personen handelt. Amtliche Stellen haben mit ihr nichts zu tun und lehnen sie ab. Der Vertreter der deutschen Wirtschaft hat bereits die irreführende Bezeichnung „Mordaktion von Deutschland“ aus Gründen der Wahrheit und Klarheit in der Werbung unterjagt.

Nach dem letzten erschienenen „Jahrbuch für das Deutsche Reich 1933“ leben nach der letzten Zählung von 1933 rund 499700 Juden im Deutschen Reich, das sind 0,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Preußen sind es rund 362000, in Berlin 160500, in Bayern 41930.

Neue Diskonterhöhung in Frankreich.

Der Goldabzug hält an.

(1) Paris, 25. November.

Die Bank von Frankreich hat ihren Diskontsatz, der mit Wirkung vom 14. November um 1 v. H. auf 4 v. H. und mit Wirkung vom 21. November nochmals um 1 v. H. auf 5 v. H. erhöht worden war, abermals um 1 v. H. auf 6 v. H. erhöht. Der Diskontsatz hat also in zehn Tagen eine Erhöhung auf das Doppelte erfahren. Den Grund dafür bilden die anhaltenden Goldverluste. Hatten sie in der Woche bis zum 18. November nach dem Ausweis der Bank von Frankreich fast eine Milliarde erreicht, so soll sich der Goldabzug in der letzten Woche noch beträchtlich erhöht haben. Der Wochenanweis der Bank von Frankreich, der am kommenden Donnerstag zur Veröffentlichung gelangt, soll, dem „Paris Midy“ zufolge, einen Goldabzug von über anderthalb Milliarden aufweisen. Die französischen Goldreserven waren damit von 70,389 auf unter 68 Milliarden gesunken. Sie sind also immer noch enorm hoch, höher als in jedem anderen Lande des europäischen Kontinents.

„Paris Midy“ sagt weiter, allgemein betrachtet seien es nicht die einzelnen, die bei den Banken die Einwechslung ihrer Geldscheine in Gold verlangen, denn sie wüßten genau, daß in einem Augenblick der Krise der Besitz eines Goldbarrens in keiner Weise ihnen eine ruhige Zukunft gewährleisten würde. Es seien vielmehr die großen Kapitalisten, die fast ausschließlich nach New York wanderten, sei es, durch die Panne in Wallstreet angelockt, sei es, daß die augenblickliche französische Lage sie zu dieser Maßnahme bestimmte. Wohl kamme ein Teil dieser Kapitalisten aus dem Ausland, aber große inländische Kapitalisten begleiteten sie nach New York. Diese Goldausfuhr ins Ausland zu unterbinden hieße aber, den Franc zu entwerten. Das französische Geld würde damit aufhören, eine stabile Währung zu sein, die sich nach freiem Ermessen in Gold umwandeln ließe. Ein Goldausfuhrverbot würde, einen sofortigen Sturz des Francs nach sich ziehen.

„Information“ will von höchsten Finanzfachverständigen die Versicherung erhalten haben, daß die gegenwärtige Regierung auf keinen Fall die in Kraft befindliche Währungsregelung vom 25. Juni 1928 ändern werde. Die Finanzfachverständigen hielten einmütig die Auslassungen gewisser ausländischer Zeitungen über eine etwaige Abwertung des Francs, ein etwaiges Goldausfuhrverbot oder ähnliche Maßnahmen für aus der Luft gegriffen. Die Regierung habe sich die Verteidigung der Währung und die Gewährung der Finanzen zur Aufgabe gestellt und werde derartige Maßnahmen nicht ergreifen.

In Verbindung mit der Diskonterhöhung wird der Zinsfuß für Schatzanweisungen ab Dienstag ebenfalls um 1 v. H. erhöht werden. Der Finanzausschuß der Kammer beschäftigte sich abends mit seinen Haushaltsberatungen am Montagvormittag mit dem steigenden Goldabfluß.

Bevorstehender Sturz Cavals?

DNB Paris, 25. November.

Der „Quotidien“, der von Beginn an gegen die Regierung Laval eingestellt war, rechnet bestimmt

Abessinische Erfolge an der Nord- und Südfront.

Gorahei wiedererobert?

O Addis Abeba, 25. Nov.

An der Nordfront hat eine für die abessinischen Truppen erfolgreiche Schlacht in der Gegend von Nakale stattgefunden. Den Truppenabteilungen der Dehshas Wores gelang es bei Halawa drei italienische Patrouillen vernichtend zu schlagen und zu jagen und Munition zu erbeuten. Auf italienischer Seite sollen der Kommandeur und zahlreiche Soldaten getötet worden sein.

Die letzten in Addis Abeba vorliegenden Meldungen sprechen von einer abessinischen Division an der Südfront. Die abessinischen Truppen haben Gabaedra, das etwa 150 Kilometer von Salsabaneh entfernt liegt, wieder besetzt. Gabaedra war in der vorigen Woche nach einem Bombenangriff in der ersten Panik von den Abessinern verlassen worden.

Auch die Meldungen, die von der Wiedereroberung Goraheis sprechen, erfahren eine Bestätigung durch die Nachricht, daß am Sonnabend Anele, ein kleines Fort in der Nähe von Gorahei, von den Abessinern wieder besetzt wurde. Auf des Kaisers ausdrücklichen Befehl wurde eine stärkere motorisierte abessinische Abteilung nach Anele entsandt, die den Ort von den Italienern verlassen vorfand. Die italienischen Truppen müssen Anele ziemlich schnell geräumt haben, denn die Abessiner haben noch reichlich Kriegsmaterial vorgefunden, darunter drei unbrauchbar gemachte Tanks. Die Abessiner sind schon am Sonnabend mit ihren Lastwagen in südlicher Richtung, also auf Gorahei zu, weiter vorgestoßen. Starke abessinische Verstärkungen des Dehshamach Walin wurden nach Nakale und Salsabaneh entsandt.

Wenn die Meldungen von der Wiederbesetzung Gabaedras und Aneles zutreffen, muß die motorisierte Vorhut des Generals Graziani, die noch vor einigen Tagen in der Nähe von Dagaibur und Salsabaneh stand, sich auf die Hauptmacht zurückgezogen haben, die bei Gabaedra stehen soll, wo, wie noch am Ende der letzten Woche der italienische Botschafter meldete, die Befestigungen ausgebaut wurden.

Italien rechnet mit abessinischem Vorstoß im Norden.

DNB Rom, 25. November.

Das Korps Maravigna hat in verschiedenen Zusammenstößen abessinische Truppen zurückgeschlagen, die dabei schwere Verluste erlitten. Die Front Dolo-Nakale ist durch das Korps Santini verstärkt worden. Man scheint dort mit einem starken abessinischen Gegenstoß zu rechnen. Dafür spricht, daß zwischen Amba Alachi und Dessie starke Ansammlungen abessinischer Truppen, schätzungsweise mehrere 100 000 Mann, festgestellt werden konnten. Offenbar haben Ras Senoum und Ras Kassa sich vereinigt und gemeinsam die Stellungen mit ihren Truppen besetzt. An der Danakil-Front ist die Abteilung des Generals Mariotti, die den linken italienischen Flügel zu decken hat, erneut im Vormarsch begriffen, um Störungen durch abessinische Truppen zu verhindern und diese möglichst zu vernichten.

Die wenigen Zahlen genügen, um erkennen zu lassen, welche außerordentlich wirtschaftliche Minderstellung das Dudentum in Ungarn sich erworben habe. Es sei unerlässlich, auf diesen unhaltbaren Zustand in aller Öffentlichkeit energisch hinzuweisen und für Abhilfe zu sorgen.

Unter stürmlichem Beifall erklärte Karl Wolff, es sei dringend erforderlich, daß das Wirtschaftsleben Ungarns gemäß den Lebensansprüchen der christlichen Bevölkerung Ungarns erneuert werde. Wenn es nicht anders ginge, werde er im offenen Kampf diejenigen Stellen erobern, von denen heute die Christen Ungarns ausgeschlossen seien. Dies sei keineswegs eine Aufforderung zu öffentlichen Gewalttaten, sondern diene nur dem Frieden.

Der soziale Frieden könne nur dann gesichert werden, wenn die 92 v. H. der christlichen Bevölkerung Ungarns in wirtschaftlichen Leben der Nation einen gesicherten Erwerb hätten und die achtprozentige Minderheit ihrer Zahl entsprechenden Anteil am Wirtschaftsleben erhalte, während heute das umgekehrte Verhältnis bestehe.

Dies sei eine Forderung, die im Interesse aller ungarischen Staatsbürger liege. Kläglich sei die Nation, die nicht die Kraft habe, ihren eigenen Söhnen den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Es sei höchste Zeit, daß die Regierung das weitere Eindringen des Galizianerums verhindere.

Unter stürmlichem Beifall erklärte Karl Wolff, es sei dringend erforderlich, daß das Wirtschaftsleben Ungarns gemäß den Lebensansprüchen der christlichen Bevölkerung Ungarns erneuert werde. Wenn es nicht anders ginge, werde er im offenen Kampf diejenigen Stellen erobern, von denen heute die Christen Ungarns ausgeschlossen seien. Dies sei keineswegs eine Aufforderung zu öffentlichen Gewalttaten, sondern diene nur dem Frieden.

Der soziale Frieden könne nur dann gesichert werden, wenn die 92 v. H. der christlichen Bevölkerung Ungarns in wirtschaftlichen Leben der Nation einen gesicherten Erwerb hätten und die achtprozentige Minderheit ihrer Zahl entsprechenden Anteil am Wirtschaftsleben erhalte, während heute das umgekehrte Verhältnis bestehe.

Dies sei eine Forderung, die im Interesse aller ungarischen Staatsbürger liege. Kläglich sei die Nation, die nicht die Kraft habe, ihren eigenen Söhnen den notwendigen Lebensunterhalt zu sichern. Es sei höchste Zeit, daß die Regierung das weitere Eindringen des Galizianerums verhindere.

Neue Diskonterhöhung in Frankreich.

Der Goldabzug hält an.

(1) Paris, 25. November.

Die Bank von Frankreich hat ihren Diskontsatz, der mit Wirkung vom 14. November um 1 v. H. auf 4 v. H. und mit Wirkung vom 21. November nochmals um 1 v. H. auf 5 v. H. erhöht worden war, abermals um 1 v. H. auf 6 v. H. erhöht. Der Diskontsatz hat also in zehn Tagen eine Erhöhung auf das Doppelte erfahren. Den Grund dafür bilden die anhaltenden Goldverluste. Hatten sie in der Woche bis zum 18. November nach dem Ausweis der Bank von Frankreich fast eine Milliarde erreicht, so soll sich der Goldabzug in der letzten Woche noch beträchtlich erhöht haben. Der Wochenanweis der Bank von Frankreich, der am kommenden Donnerstag zur Veröffentlichung gelangt, soll, dem „Paris Midy“ zufolge, einen Goldabzug von über anderthalb Milliarden aufweisen. Die französischen Goldreserven waren damit von 70,389 auf unter 68 Milliarden gesunken. Sie sind also immer noch enorm hoch, höher als in jedem anderen Lande des europäischen Kontinents.

Dorläufig keine Velsanktionen

Tagung des Senfer Ausschusses auf Antrag Laval's verschoben.

DNB Genf, 25. November.

Die neue Tagung des Arbeitsausschusses der Sanctionskonferenz, der am 29. November zusammentreten und über die Erweiterung der Verbotsliste für Rohstofflieferungen nach Italien beschließen sollte, ist auf Antrag des französischen Ministerpräsidenten Laval verschoben worden. Laval hat, wie verlautet, seinen Schritt mit der innerpolitischen Lage Frankreichs, die ihm eine Reise nach Genf unmöglich machen würde, begründet. Der Vorsitzende der Sanctionskonferenz, de Vasconcellos, wird in den nächsten Tagen einen neuen Zeitpunkt festlegen.

Vereitelt Frankreich die Velsperre?

Italiens letzte Bedingungen.

L. London, 25. November.

Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ glaubt, daß Laval's Widerstand die Velsperre unmöglich machen werde. Ferner sagt der Korrespondent, das italienische Oberkommando habe, wie verlautet, nicht die Absicht, den Vormarsch in Tigris viel weiter zu treiben, da es in politischer Hinsicht einen Unterschied zwischen den amharischen und den nichtamharischen Gebieten Abessiniens mache. Es hoffe, einen weiteren Gebietsverlust zu vermeiden, der die Grenze mit Italienisch-Somaliland verbinde und Danakil, Ogaden und möglicherweise Harar einschließen werde. Diese Provinzen würden vom Völkerbund einem italienischen Mandat unterstellt und von Italien durch die Entwertung des übrigen Abessinien gesichert werden. Dies seien die Bedingungen, über die Italien jetzt zu verhandeln bereit sei. Diese Bedingungen seien vor 14 Tagen von der britischen Regierung als unannehmbar bezeichnet worden, und

Regierung können werden. Unter diesen Umständen

sei mit „mathematischer Sicherheit“ mit dem Sturz des Kabinetts zu rechnen.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Bowjetrußland und Rumänien für Das Velsperreverbot.

DNB Genf, 25. November.

Vom Völkerbundsekretariat werden Mitteilungen von der Sowjetrußland und Rumänien, die die Velsperre verurteilen, in denen diese beiden Länder, die für die Erdölzufuhr von besonderer Bedeutung sind, der Erweiterung der Verbotsliste zustimmen.

Es erklärten sich bereit, die Ausfuhr nach Italien aus dem dem Arbeitsausschuß der Sanctionskonferenz festgelegten Zeitpunkt zu verbieten, wenn auch alle anderen Erdölherzeuger, und zwar auch die nicht dem Völkerbund angehörenden, zu dem gleichen Zeitpunkt entsprechende Maßnahmen treffen.

Die erste deutsche Militärmusikschule in Bückeburg.

Feierliche Einweihung.

DNB Bückeburg, 25. November.

Am Montagvormittag fand in Bückeburg in Anwesenheit führender Männer aus Partei, Wehrmacht, Staat und Kunstleben die feierliche Einweihung der ersten Militärmusikschule Deutschlands statt, die in dem Gebäude der ehemals fürstlichen Musikschule untergebracht ist. Dank der Bemühungen des Reichstatthalters Dr. Meyer und des Landes Schaumburg-Verden sowie durch die Unterstützung des Reichswehrministeriums und des Reichsmusikministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, war es möglich, diese erste Musikschule der deutschen Wehrmacht ins Leben zu rufen. Unter den zahlreichen Ehrengästen fanden sich der Reichstatthalter für Schaumburg-Verden, Gauleiter Dr. Alfred Meyer, als Vertreter der Wehrmacht der Kommandeur der VI. Division, General Kunkel, der Präsident der Reichsmusikammer, Prof. Dr. Raabe, der Generalmusikdirektor Professor Schmitt.

Bei der Einweihungsfeier im festlich geschmückten Rathausaal gab Reichstatthalter Dr. Meyer einen Überblick über Entstehung und Aufgaben dieser ersten Militärmusikschule, die unter der Aufsicht der Reichsmusikammer stehen werde. Er betonte, daß man diese Schule nach Bückeburg verlegt habe, um die Tradition von Land und Stadt auf dem Gebiet der Musik zu wahren. Der Reichstatthalter erklärte, daß es Wunsch und Wille des Führers sei, in den Ländern die Kulturerbe nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu fördern.

Der Präsident der Reichsmusikammer, Professor Dr. Raabe, überbrachte die Grüße der Kammer und der gesamten deutschen Musikerschaft. Er betonte, daß es Aufgabe dieser Schule sei, deutsche Jugend in solistischem Geiste zu großen Musikern und Künstlern heranzubilden.

Trennung von Nanking.

DNB Peking, 24. November.

Wie hier bekannt wird, hat sich das Gebiet Tsching, das allgemein Ost-Hopei genannt wird, für unabhängig erklärt. Dieses Gebiet, das 22 Bezirke der Provinz Hopei umfaßt, deckt sich im allgemeinen mit der bisherigen entmilitarisierten Zone. An der Spitze steht ein autonomer antikomunistischer Regierungsausschuß von neun Personen unter Führung von Lingtong. Der Sitz der Regierung ist die 30 km östlich von Peking gelegene Stadt Tungtschau. Die vorläufige Regierung hat von der Stadt Tungtschau aus ein Rundtelegramm an die Häupter der fünf Nordprovinzen geschickt, in dem sie unter scharfen Angriffen auf die Nanjing-Regierung und den Kuomintang auffordert, an der neuen Unabhängigkeitsbewegung teilzunehmen.

Das Ziel einer völligen Trennung von Nanking wird nunmehr offen ausgedrückt. Die Bewegung sieht sich vornehmlich auf zwei Organisationen, die ihren Sitz in der japanischen Konzession in Tientsin haben. Bei der einen handelt es sich um die von dem Japaner Kojima organisierte „Freiheitsgesellschaft“, bei der zweiten um die „Vereinigung zur Befreiung der Volksautonomie für Nordchina“. Beide Organisationen stehen den japanischen Truppen sehr nahe.

Der Regierungsausschuß in Tungtschau besteht ausschließlich aus Unterbeamten Jinjungs und Offizieren der Sonderpolizei der entmilitarisierten Zone. Von der Haltung Sunjatschens und der 29. Armee wird die weitere Entwicklung der Bewegung abhängen.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.

Ministerpräsident Laval hat Montag 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abgeordneten Taittinger von der Vaterländischen Jugend zu einer nationalen Front mit der Spitze gegen die kommunistisch-sozialistische radikalistische Front zusammengeschlossen haben. Die Abordnung unterbreitete Laval die einmütige Einstellung der nationalen Front zu den gegenwärtigen Fragen und sollte den Bemühungen Laval's um die Aufrechterhaltung des Friedens und die Wahrung der Freiheit. Die Abordnung bat den Ministerpräsidenten, möglichst bald eine freimütige und ehrliche Befragung des Landes vorzunehmen. Sie erhob entschiedenen Einspruch gegen Maßnahmen, von denen die Vaterländischen Verbände und die Freiheit der französischen Bürger bedroht würden.

Das Büro der sozialistischen Landesgruppe des Seine-Departements hat an alle seine Untergruppen ein Rundschreiben gerichtet, in dem die allgemeine Alarmbereitschaft angeordnet wird. Die sozialistischen Stadtverwaltungen hätten die Pflicht, die Bevölkerung aufzufordern, sich bereit zu halten, um gegen jede Bedrohung der demokratischen Freiheiten einzuschreiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Untergruppen müßten enger gestaltet werden, und alles müsse vorbereitet werden, um im gegebenen Falle kampfbereit zu sein.